Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten entgegen genommen, ferner bei den Zeitungsspeditoren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.

Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3245.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 144. [47. Jahrgang.] **Sonntag den 21. Juni 1908.** **Erste (Abend-)Ausgabe.** **[47. Jahrgang.] Nr. 144.**

Berlin, den 20. Juni.

Rückblicke.

Bis auf den heftig umstrittenen Sitz für Berlin 12, über den erst ein Stichwahltermin am 23. Juni entscheiden wird, sind die preußischen Abgeordnetenmandate nunmehr verteilt. Der Wahlkampf ist zu Ende, und schon am kommenden Freitag werden sich beide Häuser des Landtags zu einer vermutlich nur kurzen Tagung in Berlin zusammenfinden. Im Gegensatz zu der nicht allzu bedeutenden tatsächlichen Veränderung des Bildes, das der einundzwanzigste preußische Landtag bieten wird, stand zuletzt die politische Erregung bei den miteinander ringenden Parteien, und die streitbare Stimmung scheint noch für eine Weile vorhalten zu wollen. Ist dieser Begleitumstand auch begreiflich, namentlich dort, wo Verschiebungen im Stimmenverhältnis gegen früher bemerkbar wurden, oder wo die Taktik der Minoritäten zu unerwarteten Kombinationen geführt hat, so bleibt doch festzustellen, daß diese Wahlbewegung zu den lebhaftesten gehörte, die seit langer Zeit in Preußen zu verzeichnen gewesen sind. Wenn die Parteikritik nach der Entscheidung nicht verfehlt, an die Gestalt des Wahlrechts, kraft dessen sie fiel, eine Reihe von weniger neuen als vielmehr schon dem Ohre vertraut gewordenen Glossen zu knüpfen, dann braucht nur erinnert zu werden, daß auch das Reichstagswahlsystem die Eigentümlichkeit besitzt, den Sieg jeweils nur nach einer Richtung zu lenken, in erwitzlich umstrittenen Wahlkreisen also die Minderheiten einigermaßen zu entäuschen. Uebrigens ist es den Anstrengungen der Sozialdemokratie diesmal vielfach gelungen, Situationen zu schaffen, die mit solchen, wie sie zwischen ausfallenden Stimmkontingenten und Stichwahlparteien in Reichstagswahlkreisen einzutreten pflegen, keine geringe Aehnlichkeit bekamen. Man wird mithin gut tun, bei den voraussichtlich wiederkehrenden Wahlrechtsdebatten der neuen Legislaturperiode vorweg die Empfindlichkeit auszuschalten, wie sie aus etwa unerfüllt gebliebenen Hoffnungen auf Grund der Wahlaufrufe u. dergl. resultiert. Indessen macht sich in immer weiteren Kreisen bereits die Meinung geltend, daß die ins Abgeordnetenhaus gelangten „Genossen" wohl oder übel hierbei als Neagenzstäche wirken dürften. Der Vorwärts, einst das Heim der „edlen Sechs", bezeichnet die Entsendung der sechs Edlen in den Landtag als die Kriegserklärung der „preußischen Arbeiter" an das Haus. Sie kämen als Feinde zu Feinden. Wir glauben ihm, von der Arbeiterphrase abgesehen, aufs Wort; und wenn in irgend einer der bürgerlichen Parteien noch Zweifel am vollen Ernst jener Absicht vorhanden sein sollte, wird das bald überzeugen werden. Vor acht Tagen zitierten wir an dieser Stelle die Meinungsäußerung eines süddeutschen Blattes über die mutmaßlichen Eindrücke des bevorstehenden sozialdemokratischen Auftretens bei den übrigen Abgeordneten. Der Artikel erschien vertraut wegen dessen, was er wirklich behandelte, nämlich die Richtlinien einer gewiß bald erforderlich werdenden antisozialistischen Taktik der Fraktionen. Jetzt hat der Vorwärts mit schätzbarer Offenheit nachmals gezeigt, daß eine entsprechende Haltung der bürgerlichen Vertreter sowohl sachlich, wie formal nicht zu umgehen sein wird. Die angekündigte Ausdauer und Entschlossenheit der Sechs, die sich als Feinde fühlen, muß hüben auf dieselben Eigenschaften stoßen und an ihnen abprallen, wenn anders die Arbeiten unseres Landtages ersprießlich verlaufen sollen.

Eine kurze Aufreihung der Besitzverschiebungen im Parteibestand durch die Neuwahlen dürfte von Interesse sein. Die Konservativen mit nunmehr 152 Sitzen haben bei zwei Verlusten fünfzehn Mandate hinzugewonnen, und zwar verloren sie drei an die Nationalliberalen, je eins an das Zentrum und an die Freisinnigen. Der Gewinn setzt sich aus sieben früher freikonservativ, fünf früher nationalliberal, einem von der Freisinnigen Vereinigung und einem sonst deutschsozial vertretenen Bezirk zusammen. Mit sechzig Vertretern kehren die Freikonservativen wieder; sie büßten elf Sitze ein bei einem Zugang von fünf (Verlust: sieben an Konservative, je einer an Nationalliberale, Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung, Polen; Gewinn: drei von Nationalliberalen, einer von der Freisinnigen Vereinigung, einer von den Polen). Die Zählung der Nationalliberalen schwankt noch (65 oder 67); bei ihnen stehen vier Gewinne, zwei von Konservativen, zwei von Freikonservativen, zwei Verlusten gegenüber. Diese gingen an die Konservativen mit fünf, Freikonservativen mit drei, Freisinnige Volkspartei mit zwei und an den Bund der Landwirte mit einem. Inzwischen hat Dr. Diedrich Hahn seine Zugehörigkeit zur konservativen Partei erklärt, so daß dieses letztwähnte Mandat ebenfalls als konservativer Gewinn anzurechnen wäre. Bei der Freisinnigen Volkspartei kommt ein Verlust in Danzig an die Konservativen auf fünf Gewinne; der Freisinnigen Vereinigung gingen zwei Mandate bei einem oder zwei Gewinnen verloren. Das Zentrum belegte fünf neugeschaffene Sitze, nahm den Nationalliberalen drei, den Konservativen zwei ab und überließ seinerseits den Polen zwei Mandate, die das als ihr Plus zu rechnen haben, denn sie verloren einen Sitz an die Freikonservativen, gewannen wiederum einen von den Konservativen. — Nach dieser Rechnung würden also die beiden linksliberalen Parteien 28 und 9 Vertreter haben, das Zentrum auf 105 oder 106 Mitglieder gestiegen sein, die Polen fünfzehn Mandate zählen. Wie aus einer Zusammenstellung der Magdeburgischen Zeitung hervorgeht, dürften 125 Abgeordnete unter 443 bisher dem Hause nicht angehört haben. Je 38 der Neueintretenden entfallen auf Konservative und Zentrum, je acht auf Freikonservative und Freisinnige Volkspartei, vierzehn auf die Nationalliberalen, drei auf die Freisinnige Vereinigung, einer auf den Bund der Landwirte, sieben auf die Polen, zwei auf die Dänen, und endlich sind noch die sechs Sozialdemokraten dabei.

In den Betrachtungen der Tagespresse zu den Wahlergebnissen wiegt, wie schon bemerkt, noch die polemische Note vor. Die Deutsche Tageszeitung hebt hervor, daß die Deutschkonservativen zwar ein halbes Dutzend Wahlkreise verloren hätten, von denen aber drei Verluste als „Niederlagen" überhaupt nicht gelten könnten. Dafür haben sie nicht weniger als vierzehn Siege erfochten, und das, obwohl sich gegen sie in erster Linie und mit den größten Hoffnungen der vereinigte Ansturm aller Gegner des preußischen Wahlrechts richtete. Weiter heißt es dann:

„Von den anderen Siegen der Konservativen über ist vor allem bemerkenswert, daß in verschiedenen Fällen der frühere freikonservative Mandatsinhaber dem erzwaldschen Vertreter der allpreußischen Ideale weichen mußte. Das ist ja ein weiterer klarer Beweis unserer oben ausgesprochenen Sätze, daß die freikonservativen Verluste in der Hauptsache nach rechts hin erlitten wurden, während die freikonservativen Erfolge, die diese Verluste wenigstens teilweise wettmachten, in Wahlkreisen erfochten wurden, wo wiederum der Bund der Landwirte die Hauptlast des Kampfes gegen eine weiter links stehende Partei trug. Am schlechtesten hat diese Partei, die nationalliberale, den Kampf bestanden, obwohl sie an der Vermehrung der Wahlkreise im Industriegebiet zu partizipieren hoffte. Ein volles Dutzend nationalliberaler Mandate ist auf der Strecke geblieben. Der Versuch, in der Wahlrechtsfrage einen „Ausgleich" zwischen rechts und links zu finden, ist sicher nicht ohne Schuld daran. Wenn die Freisinnige Volkspartei die Zahl ihrer Mandate noch vermehrt hat, so verdankt sie das in der Hauptsache dem Umstande, daß sie dem liberalen Bürgertum durch ihre feste Haltung gegenüber der Sozialdemokratie diesmal vorzugsweise doch als staatserhaltende Partei gegenübertrat. Der Zuwachs der Volkspartei ist freilich nur ein relativer, da sie eigentlich mindestens zwei Wahlkreise mehr in Berlin und Umgegend hätte erwerben müssen. Das aber die verhältnismäßig günstige Bilanz dieser Gruppe vor allem ihrer Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie zu danken war, das zeigt auch die Tatsache, daß sie in dieser Beziehung nicht so sicheren Freisinnige Vereinigung erheblich schlechter abgeschnitten hat. Sagen liegt auch das Schicksal dieser Parteien im Wahlkampfe in der gleichen Richtung. — Dieser Deutung des Wahlergebnisses widerspricht auch in keiner Weise der Umstand, daß die eisernmäßig stärksten Erfolge mit einem Gewinn von 9 Mandaten das Zentrum davongetragen hat. Denn es verdankt diesen Erfolg in einem Wahlkreise der Hülfe der Sozialdemokratie, in der Hauptsache aber dem Bündnis mit den Polen. Das ist die böse Kehrseite der Medaille. Es ist geradezu unverständlich, wie das preußische Zentrum, an dessen Führung noch zahlreiche konservative Elemente beteiligt sind, diesen Schritt tun konnte. Festgestellt muß auch werden, daß der „Erfolg" doch schon äußerlich nichts weniger als glänzend war. In Oberschlesien hat das Zentrum für drei Gewinne den Polen zwei Mandate bewilligen müssen; in Posen und Westpreußen aber hat das Bündnis glücklicherweise kläglich versagt. Nicht einmal Gnesen-Wittkowo konnte es den polnischen Heilbader erhalten, geschweige denn andere Wahlkreise erobern; die deutschen Katholiken dachten eben vielfach gar nicht daran, der Partei gegen die deutschen Parteien zu folgen. Auch im Westen, wo dem Zentrum allein die Früchte des Bündnisses zufallen wird, das Polentum eines Tages eine unangenehme Rechnung präsentieren. Die Hoffnung einzelner Zentrumskreise gar, das Polentum verhöhnlichen gegen das Deutschtum zu stimmen, ist völlig fehlgeschlagen; das beweist klar die Tatsache, daß durchweg Polen radikalerer Richtung als Landtagskandidaten aufgestellt wurden. Die politische Gesamtstellung des Zentrums ist jedenfalls zunächst durch das unnatürliche Bündnis geschwächt worden. Hoffen kann man nur, daß die Führung des Zentrums bald einsehen möge, wie schwer sie nicht nur dem Deutschtum im Osten, sondern auch sich selber geschadet hat; daß auf diese Weise nur Pyrrhussiege zu erfechten waren!"

Aehnlich äußert sich die Kreuzzeitung, die das Verhalten der Nationalliberalen mit scharfen Wendungen bedenkt, wogegen die Freikonservative Korrespondenz ausspricht, unter dem Gesichtspunkte der allgemeinen Politik sei die Schwächung der Mittelparteien, namentlich der Nationalliberalen durchaus unerwünscht, und es werde einer überaus vorsichtigen und wohlüberlegten Sachbehandlung bedürfen, um dieses Manko in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses einigermaßen auszugleichen. Dazu werde vor allen Dingen auch an manchen Stellen ein gewisses Maß von Selbstüberwindung gehören. Aber ohne eine absolut realpolitische Sachbehandlung setze man sich „dem drohenden Gefahren aus, wie bei den Wahlen, so auch im Verlauf der Verhandlungen, die Gefahr eines festeren Zusammenschlusses der Konservativen mit dem Zentrum zu vergrößern. Hier liegt offenbar der Schlüssel für die politische Gesamtsituation". — In den Zentrumsblättern herrscht über den Gewinn an Mandaten große Freude, die sich beim Anblick der nationalliberalen Verluste noch befriedigt zeigt. „Wir haben vielfach offenbar die Fühlung mit den Wählern verloren", heißt es dann, „die Volksgesetzung von diesen Gegnern. „Daß überdies die Blockpolitik der Stimmung in den meistesten Wählerkreisen nicht entspricht, ist klar erwiesen. Dem Zentrum hat dagegen gerade seine Ausschaltung durch die Blockpolitik nicht nur in den eigenen Reihen nicht geschadet, sondern ihm auch noch manche neue Sympathien erworben und zudem auch den Kompromiß mit den Polen, dessen große Bedeutung heute auf keiner Seite mehr bestritten wird, wesentlich erleichtert." Was die polnischen „Sympathieen" betrifft, die keineswegs gratis geliefert worden sind, so wird man allerdings die Bedeutung nicht bestreiten, die der sie veranlassende Kompromiß besitzt. Besonders klar wird diese Bedeutung nach zum Vorschein kommen, wenn die nunmehr allein noch übrigen Unbequemlichkeiten des Bündnisses für das Zentrum sich nach und nach melden werden. Schon sind sie im Zuge; wir halten bereits mitgeteilt, in welcher Weise das Polentum in Krakau zu demonstrieren beliebte. Es wird aber schwerlich in irgend einem Staate der Welt eine politische Partei von nationalen Gesichtspunkten geben, der solche Freundschaften Ehre brächten oder das Ansehen mehrten.

Seitens der nationalliberalen Organe wird das Mißgeschick der Partei bei den Wahlen nicht beschönigt, und es spricht an, daß neben der Rührigkeit der Mitbewerber auch die inneren Momente nicht übergangen werden. So empfiehlt der Hannoversche Courier die Einkehr mit dem Hinweis, eine Partei vom Charakter der nationalliberalen könne ihr Ansehen und ihre Machtstellung nur behaupten, wenn ein straffer, einheitlicher Zug auch durch ihre Taktik, auch bei den Wahlen gehe. „Man darf dabei nicht an einer Stelle etwas kondezieren, lediglich um das Mandat zu retten, was man an anderer bekämpft. Nur große Ziele und bezwingende Ideen halten die Parteien zusammen; wo die nicht sind, wo der Parteiname wirklich nur Schall und Rauch ist, da laufen schließlich die Wähler auseinander und geben ihre Stimmen dem — der ihnen mit der größeren Zuversichtlichkeit die gewünschte Eisenbahn verspricht. Wenn die Partei etwas Großes wirken will — und das muß sie wollen, will sie durch die Gegenwart sich die Zukunft wahren —, so ist sie gezwungen, nicht nur in der Parteipolitik und in der Parteitaktik bestimmte Ziele zu setzen und Grenzen zu ziehen, sie muß auch rücksichtslos dafür sorgen, daß ihre Ideen durch Persönlichkeiten vertreten werden, die die Wähler an sich zu fesseln verstehen und dem Gegner gewachsen sind." Nach diesen Richtungen sei eine Reformation am Platze. Sie schließe ein Jammern über Mandatsverluste aus. Die rage du nombre, das Feldgeschrei: das Mandat über alles, wäre noch stets der Ruin jeder ernsthaften politischen, vor allem jeder liberalen Partei gewesen, deren Kraft aus anderen Quellen quelle als etwa die des Zentrums, diesen Scharen ihren Führern blindlings folgten.

Geht die Freisinnige Volkspartei auch um vier Mandate verstärkt aus den Wahlen hervor, so fühlt sie sich darüber doch mehr enttäuscht als erfreut, nach Aeußerungen ihrer Blätter zu urteilen. Es wird besonderer Nachdruck auf eine bessere Organisation für künftig gelegt, wozu die Frankfurter Zeitung noch ausführt:

„Ueberblickt man das Ergebnis, so könnte man von Fortschritten der Linksparteien sprechen, wenn man auf eine kleine Mandatsvermehrung ein starkes Gewicht legen würde. Aber es hat keinen praktischen Zweck, die Dinge zu optimistisch anzusehen. Da die Rechte nicht geschwächt und das Zentrum sogar um 7 Mandate verstärkt worden ist, bleibt die reaktionäre Mehrheit erhalten, und man kann das Wesentliche der Aenderung nur darin erblicken, daß unter den anderen Parteien der Schwerpunkt sich etwas mehr nach links verschoben hat. Linksliberale und Sozialdemokratie verstärken die entschiedene Linke um 10 Mandate, ungefähr so viel, wie die Nationalliberalen eingebüßt haben. Wir hoffen, daß das der entschiedeneren Vertretung freiheitlicher Forderungen zu gute kommen wird, in denen alle Linksparteien zusammengehen müssen; aber der Kampf wird natürlich gegen die überstarke Reaktion ein sehr schwerer bleiben, und man kann es deshalb nur immer wieder bedauern, daß die Gelegenheit nicht besser ausgenutzt worden ist, daß es nicht gelang, zwischen den Parteien ein Einvernehmen zu erzielen, deren Zusammengehen der politischen Notwendigkeit entspricht. Daß dieses Ziel, namentlich infolge der Betehdungen innerhalb der linksstehenden Parteien, der Bewegung die Stoßkraft verloren ging, die sie bei der Wahlrechtsparole hätte haben müssen. Dazu kommen die auch sonst vielfach gemachten Fehler, der in manchen Kreisen fehlende Nachdruck in der Wahlbewegung, Mängel in der Organisation usw.; die Hauptschuld aber lag zweifellos daran, daß es an der einheitlichen Frontrichtung fehlte, und will man für die Zukunft Besseres erreichen, so muß man sich entschließen, den Kampf ohne alle Nebenrücksichten und ausschließlich im Hinblick auf das Ziel zu führen."

Mehr bei den Schwierigkeiten des Kampfes selbst verweilt die Freisinnige Zeitung. Unter den Umständen, wie man sie gewann, seien die hinzugefügten Parteisitze ein befriedigendes Ergebnis zu nennen, obwohl die Mehrung klein sei. Ehedem war der Freisinn nur genötigt gewesen, seine Fronstellung nach einer einzigen Richtung, nach rechts, zu nehmen, während die große Masse der Sozialdemokratie sich vollständig indolent verhielt.

„Auch in die Wahlen von 1903 rückte der Sozialismus noch nicht mit dem ganzen Aufgebot seiner Machtmittel. Das ist erst bei den diesjährigen Wahlen geschehen, und die Freisinnigen sind es in erster Linie gewesen, die den Ansturm auszuhalten hatten, so daß sie sich genötigt sahen, ihre Kräfte zu teilen und sich sowohl nach links wie nach rechts zu wenden. Für die Sozialdemokraten kam es aber nicht auf eine Schwächung der rechten Seite des Abgeordnetenhauses an, sondern ausschließlich auf die Erringung von Mandaten für die eigene Partei, weil man sich von dem Wirken der Genossen im preußischen Parlament eine Aufrüttelung und Erweiterung der Agitation im Lande verspricht. Diese Agitation aber ist — das hat selbst ein so gemäßigter Sozialdemokrat wie Bernstein kürzlich ausgesprochen — für den Sozialismus alles, das Endziel nicht, und da nun die Wahlkreise, auf deren Gewinnung die Sozialdemokratie rechnete, fast durchweg bisher in den Händen der Freisinnigen waren, so richteten sie ihren Hauptstoß gegen diese Partei, der man im Widerspruch mit der Wahrheit vorwarf, sie meinte es mit ihren Forderungen, besonders mit ihrem Verlangen nach einer Wahlrechtsreform, nicht ernst. In der gesamten sozialdemokratischen Presse erhob sich gegen den Freisinn ein wahres Kesseltreiben, und keine Unwahrheit war zu kraß und zu leichtfertig, um nicht gegen die bürgerliche Linke verwandt zu werden. Der Haß gegen den entschiedenen Liberalismus war sogar so stark, daß die Genossen sich mit einer einzigen Ausnahme — und hier spielten ein persönliche Momente die Hauptrolle — nicht einmal dazu entschließen konnten, dort, wo Freisinnige in der Stichwahl mit den Konservativen standen, zu Gunsten der ersteren den Ausschlag zu geben. Auf diese Weise vermochten sich die Konservativen beispielsweise in Teltow-Westhavelland-Wilmersdorf zu behaupten und zwei ihrer Mandate in Halle-Herford-Bielefeld zu behalten. In Liegnitz-Goldberg-Haynau taten die Genossen sogar noch ein übriges und stimmten zu einem guten Teil gegen die Liberalen für die Konservativen. Vermittelt der famosen Parole, die der sozialdemokratische Parteivorstand in einem wahlpraktischen Vorschritten gegeben hatte, wurde der Freisinnigen Volkspartei in solchen Stichwahlkreisen die Pistole auf die Brust gesetzt, um sie gegen das Versprechen der Stichhilfe zur Ueberlassung eines Mandats zu nötigen. Die Freisinnige Volkspartei hat die solchen Ansinnen jedesmal zurückgewiesen. Das aber darauf die Sozialdemokratie durch Wahlenthaltung den Sieg der Freisinnigen verhinderte, bewerst nicht, daß sie jetzt etwa nach dem Grundsatze des nackteten Parteiegoismus ihr Verhalten einrichtet, sondern auch, daß sie ihren gefährlichsten Feind in dem entschiedenen Liberalismus erblickt. In der Tat stellt der Freisinn, wie sich das auch bei diesen Reichstagswahlen herausgestellt hat, besonders in den Großstädten und ihren Vororten, das sicherste Bollwerk gegen den Sozialismus dar. — Erschwert wurde der Wahlkampf für die Freisinnige Volkspartei auch noch besonders durch die Agitationen der Sozialliberalen, deren Führer und Pressorgane namentlich dadurch Verwirrung zu stiften suchten, daß sie sich selbst als freisinnig und entschieden liberal ausgaben, während sie doch mit den freisinnigen Parteien in Wirklichkeit absolut nichts zu tun haben und ein selbständiges Gruppchen darstellen, dessen Hauptarbeit sich darin erschöpft, den Freisinn in der schlimmsten und unlauterste Weise zu bekämpfen. Insgesamt die Erfolge sind ihnen freilich nicht beschieden gewesen; nicht einmal die Hoffnung ist erfüllt worden, daß ihre paar Dutzend Wahlmänner in Nelton-Beeskow-Storkow das Zünglein an der Wage bilden könnten."

Zu einem gedeihlichen und zugleich auf eine dauernde Auslöhnung abzielenden inneren Friedensschluß ist es zur Genugtuung für alle Freunde deutschen Wesens und nationaler Machtentfaltung auf der Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins in Danzig gekommen. Wie aus den Berichten über den bei der ruhigen Sachlichkeit der Verhandlungen imponierenden Verlauf der Tagung zu erkennen war, hat sich Oberpräsident v. Jagow nicht damit begnügt, als oberster amtlicher Vertreter Westpreußens die Honeurs zu machen, sondern er nahm sich auch in seiner weiteren Eigenschaft als Mitglied des Einigungswerkes tatkräftig und mit glücklichem Erfolg an. Auf den Inhalt der Beschlüsse brauchen wir hier nicht nochmals einzugehen; aus der Aufnahme, die sie überall gefunden haben, erhellt vollkommen, daß sie den rechten Weg einschlagen, den noch kurz vorher zu bezeichnen schwer erschien. So hat denn auch die Presse das Ergebnis aufgefaßt, einige sehr wenige Organe ausgenommen, die sich schon seit geraumer Zeit hier verrannt hatten und es nun vorzogen, aus ziemlich willkürlichen Bedenken noch mißige Vorbehalte zu erraffen oder Mißdeutungen zu versuchen, für die gar kein Anlaß mehr besteht. Es hat in Danzig niemand eine Niederlage erlitten und darum auch keine Sieger gegeben, sondern die Vereinsidee ist von Trübungen befreit und nach der persönlichen wie nach der sachlichen Seite hin in gutmütiger, klarer und befriedigender Weise definiert worden. Die Nationalliberale Correspondenz begrüßte den Abschluß mit den Worten: „Wir freuen uns des gerechten Ausgleichs von ganzem Herzen. In ihm ist jeder billige Anspruch zu seinem Recht gekommen; nur die Ultras sind mit dem ihren unterlegen. Das möchten wir geradezu als einen Segen ansprechen. Irgendwo lasen wir in einer Vorbetrachtung zur Danziger Tagung: Die Bayern hätten sich zu fügen. Ging's dann nicht mit den Bayern, so müßte es halt schon ohne sie gehen. Für eine solche Kraftpolitik sind wir dankbar, nicht das Oberländnis aufbringen zu können. So sie stehen die Dinge überhaupt nicht im Reich, daß wir uns so gleichmütig den Sport leisten könnten, den einen oder anderen Stamm zu verärgern, ihn die Freude am gemeinen Wesen dauernd zu vergällen. An zentrifugalen Kräften ist doch wahrhaftig bei uns kein Mangel. Streben wir aus ganzer Seele, den Zusammenhalt zu fürchten. Nur so arbeiten wir in Wahrheit fürs Vaterland." — Das sind Wünsche, denen sich das deutsche Empfinden nur anschließen kann.

Der politische Geschäftssinn der Sozialdemokratie, der z. B. die Sozialliberalen sogleich richtig durchschaut und ihnen bei den Wahlen eine Narrenrolle auferlegt hat, von deren Nachwirkung sie sich kaum wieder erholen werden, er sucht unausgesetzt nach vorteilbringender Betätigung. Da soll es wieder einmal, wie die Generalkommission will, mit Anfachung der sozialdemokratischen Eisenbahnerbewegung probiert werden, obwohl die „Genossen" wissen, wie heiß dieses Eisen für sie immerdar sein wird. Aber man trifft sich offenbar mit dem Gegenteil, daß nur die einzelnen Ueberfälle, den Schwachen zu spüren bekämen. Um die Bewegung zu heben, will die Verbandsleitung mehrere wandernde Sendlinge aufschicken. Sobald es ist eine neue Anleitung zur agitatorischen Kleinarbeit ergangen. Zunächst sollen die Eisenbahner in die Gewerkschaftsversammlungen geschleppt werden. Nach dem neuen Vereinsgesetz brauchen bekanntlich Gewerkschaftsversammlungen nicht mehr angemeldet zu werden, so daß eine polizeiliche Ueberwachung fortfällt. Wenn in einem Betrieb neue Leute eingestellt werden, so soll sofort nach einem bestimmten Plan mit der Agitation vorgegangen werden. Nicht ein einzelner Organisierter soll den einzelnen Mann bearbeiten, sondern mehrere. Ist das Opfer ängstlich und will den Aufnahmeschein nicht unterschreiben, so soll es von mehreren Organisierten in der Wohnung besucht werden; diese sollen Agitationsmaterial mitbringen und dem einen gegen viele unausgesetzt vor Augen halten, daß der Verband ihn nicht im Stich läßt. Wenigstens nicht früher, als das Unglück da ist. Alle diese terroristischen Schliche zu verfolgen und das aus ihren Wirkungen sich ergebende Material beim Gemeinnutzen anhalten, wird zu einer Aufgabe, der zunächst die politischen Vertretungen der bürgerlichen Parteien sich nicht entschlagen dürfen, schon um ihres eigenen Besitzstandes willen. Auch eine Flugschrift aus dem Vorwärts-Verlage, die den technischen Beamten gebieten möchte, Sozialdemokraten zu werden, gehört hierher. Die Rührigkeit der „Genossen" nach außen macht den Eindruck, als sei sie mitbestimmt durch das auffallend rasch eingetretene Fiasko ihrer „Jugendorganisation", worüber, wie schon erwähnt, der „Genosse" Legien einige vorsichtige Details verweidende, im Allgemeinurteil aber unzweideutige Mitteilungen gemacht hat. Selbstverständlich wollen die parteigerecht sozialdemokratischen Organe das nicht wahr haben; ihr Widerspruch klingt jedoch bedrückt. Der Vorwärts meint: „Gegen die Behauptung des Legienschen Artikels in den Sozialistischen Monatsheften bezw. der Gewerkschaftsvorstandskonferenz, daß die in den letzten Jahren gegründeten Jugendorganisationen ein verfehltes Unternehmen seien, legen wir Verwahrung ein. Die Ergebnisse sind nicht überall zufriedenstellend gewesen, aber es heißt einzelne örtliche Erscheinungen während eines relativ kurzen Zeitraumes ungultzlig verallgemeinern, wenn man von verfehlten Unternehmen spricht. An nicht wenigen Stellen sind ganz erfreuliche Resultate erzielt worden, und bei längerer Dauer würden die Erfahrungen der betreffenden Orte auf die Entwicklung der Organisationen in ihnen anders günstig zurückgewirkt haben. Wir befinden uns auf diesem Gebiete gewissermaßen noch im Experimentierstadium." Man wünscht also die nähere Erörterung des Gegenstandes zu vermeiden, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß gelegentlich ein vormals „Jugendorganisierter" auf den Einfall kommt, er habe Interessantes erlebt und etwas davon zu erzählen.

Marokko-Debatte
in der französischen Deputiertenkammer.

Die angekündigte Marokko-Debatte in der französischen Kammer hat am Freitag stattgefunden. Ueber ihren Verlauf liegt folgender Bericht aus Paris vor:

Paris, 19. Juni. Deputiertenkammer. Zu Beginn der Interpellation über Marokko fragte der Abgeordnete Gervais (sozialradikal), ob die Regierung der von der Kammer schon so oft gebilligten Politik treu bleibe, welches die Weisungen für General d'Amade seien, ob und wie die Regierung fortfahre, die Algeciras-Akte als Grundlage des französischen Vorgehens zu betrachten. Gervais empfiehlt Neutralität zwischen Abdul Asis und Mulay Hafid. (Beifall.) Der Abgeordnete Deschanel (Republikaner) erklärte hierauf, Frankreich müsse sich bewußt bleiben, daß es Abdul Asis sei, der die Algeciras-Akte im Namen Marokkos gezeichnet habe. Europa könne einen Sultan, den Marokko die Freiheit habe, sich selbst zu wählen, nur anerkennen, wenn dieser die Algeciras-Akte unterschreibe. Deschanel schloß, Frankreich könnte seit 1834 nur seine Stellung am Mittelmeer. In dem neuen Frankreich, welches es sich dort geschaffen habe, müsse es sich der Zugänge versichern; dies sei der Grund seines sehr begrenzten Vorgehens. (Beifall links und im Zentrum.) Nachdem nun Jaurès ebenfalls um Bekanntgabe der dem General d'Amade gegebenen Weisungen gebeten hatte, verlas der Minister des Aeußeren Pichon die Instruktionen vom 19. Mai 1908.

Sie konstatieren zunächst die Wirkungen, die durch das Auftreten Mulay Hafids verursacht worden sind, der das hauptsächlichste Hinderniß für die Pacifikation der Schaujа bildet. Sie erkennen sodann an, daß durch das entschiedene Vorgehen d'Amades die Gebiet gesichert wurde, und erklären schließlich, daß es sich jetzt darum handele, in der Schaujа das normale Regime wieder herzustellen, die Ordnung und die Achtung vor der Autorität durch Verstärkung der Macht der lokalen Behörden wieder zur Geltung zu bringen und der Anarchie ein Ende zu bereiten. Wir zählen darauf, daß diese Ergebnisse nächstens erreicht werden, wir sind entschlossen, die Okkupation aufrecht zu erhalten und sie erst aufzugeben, sobald wir uns zurückziehen können, ohne daß die allgemeine Sicherheit gefährdet wird, und wofern nicht neue Verwickelungen eintreten, welche die Lage verschärfen und zwingen würden, zurückzukehren. Dadurch muß man den Eingeborenen beibringen, daß sie sich selbst um Ordnung, Frieden und Sicherheit kümmern müssen. Die Instruktionen stellen dann fest, daß die an den Hauptpunkten des Schaujа-Gebietes aufgestellten Posten die Grundlage für etwaige Operationen bilden sollen, für die lokale Sicherheit sorgen werden und einerseits die Stützpunkte bilden werden für die marokkanischen Elemente der Polizei, andererseits die Mittelpunkte der Beruhigungsaktion. Den französischen Autoritäten werden wir so zeigen, daß wir eine direkte Einmischung vermeiden wollen, und daß wir auf die Mitarbeit der von dem Moghzen ernannten Amtsträger rechnen, denen man noch einheimische Kräfte beiordnen wird. Diese Kräfte sollen zunächst ausbildungsweise verwendet werden, und zwar nach Möglichkeit in den Gebieten, wo die Bevölkerung ihnen Vertrauen schenkt und genügende Garantieen bieten wird, werden wir ihn sich selbst überlassen. Ein Mittel zur Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse ist die Entfaltung einer örtlichen Hülfstätigkeit. General d'Amade wird sich mit dem französischen Gesandten in Tanger in Verbindung setzen. Das Endziel seiner Bemühungen soll die Schaffung sicherer Zustände durch die Wiedereinsetzung der Ortsbehörden sein. Wir dürfen hoffen, daß unsere Aufgabe, die völlige Ruhe in dem Lande wiederherzustellen, in kurzer Zeit gelöst sein wird, so daß es der gemäß der Algeciras-Akte einzurichtenden Polizei möglich sein wird, ihren Dienst zu versehen. Dann werden wir unsere Intervention beenbigen können.

Pichon fügte hinzu, daß die dem General d'Amade erteilten Instruktionen den Signatarmächten der Algeciras-Akte mitgeteilt worden seien. Hiernach verlas Pichon die dem General Lyautey gegebenen Instruktionen.

Diese Instruktionen sind kurz die folgenden: Zur Durchführung der französisch-marokkanischen Vereinbarungen von 1901 und 1903 wird General Lyautey zum Oberkommissar ernannt, um gemeinsam mit dem Oberkommissar des Moghzen die Beschlüsse der beiden Regierungen auszuführen. Das Vorgehen der französischen Truppen in der Grenzzone hängt von den französisch-marokkanischen Abmachungen